

Geldpolitische Beschlüsse (ohne Zinsbeschlüsse)

Am 20. September 2021 beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank, dass die ursprünglich für den 20. Januar 2022 geplante geldpolitische Sitzung und die für den 2. Februar 2022 angesetzte nicht die Geldpolitik betreffende Sitzung entfallen. Stattdessen wird für den 3. Februar 2022 eine geldpolitische Sitzung anberaumt. Der EZB-Rat billigte daher die entsprechend angepassten unverbindlichen Kalender für die regulären Tenderoperationen und die Mindestreserve-Erfüllungsperioden des Eurosystems im Jahr 2022. Weiterhin beschloss der EZB-Rat, ab dem kommenden Jahr zwei Sitzungen pro Jahr außerhalb Frankfurts abzuhalten.

Damit will er unterstreichen, dass ihm die Intensivierung des Austauschs mit der Zivilgesellschaft im Euroraum ein Anliegen ist, wie unlängst durch die Veranstaltungen deutlich wurde, die im Rahmen der Überprüfung der geldpolitischen Strategie unter dem Motto „Die EZB hört zu“ stattfanden. Ab 2023 soll jeweils im Frühjahr eine geldpolitische Sitzung und im Herbst eine nicht dem Thema Geldpolitik gewidmete Sitzung an einem anderen Ort stattfinden. Der Veranstaltungsort der externen Sitzungen wird auf Grund-

lage entsprechender Einladungen der Präsidenten der nationalen Zentralbank im Euroraum ausgewählt. Der aktualisierte Sitzungskalender des EZB-Rats ist auf der Website der EZB abrufbar.

Am 23. Juli 2021 billigte der EZB-Rat die unverbindlichen Kalender für die regulären Tenderoperationen und die Mindestreserve-Erfüllungsperioden des Eurosystems im Jahr 2022. Eine Pressemitteilung hierzu ist auf der EZB-Website abrufbar. Die Kalender wurden am 20. September 2021 angepasst, um Änderungen hinsichtlich der Länge zweier Mindestreserve-Erfüllungsperioden Rechnung zu tragen. Diese ergaben sich aufgrund der Neuterminierung der ursprünglich für Januar 2022 geplanten geldpolitischen Sitzung des EZB-Rats (siehe oben). Die aktualisierten Kalender sind auf der Website der EZB abrufbar.

Am 28. Juli 2021 billigte der EZB-Rat, dass Tag und Uhrzeit für die wöchentliche und die monatliche Veröffentlichung von Daten zu den geldpolitischen Portfolios (Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP)/Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP)) an die Veröffentlichung des konsolidierten Wochenausweises angepasst werden. Folglich werden die Daten seit dem 7. September 2021 anstatt montags um 15:45 Uhr MEZ dienstags um 15:00 Uhr MEZ veröffentlicht.

Die entsprechende Mitteilung ist auf der Website der EZB abrufbar. Der EZB-Rat billigte außerdem, dass die nach Ländern aufgeschlüsselten Zahlen zur gewichteten durchschnittlichen Laufzeit von Wertpapieren, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP) gehalten werden, ab September 2021 monatlich anstatt wie bisher halbjährlich veröffentlicht werden.

Am 16. September 2021 ernannte der EZB-Rat Martin Wieland (Deutsche Bundesbank) und Juan Ayuso (Banco de España) zu von nationalen Zentralbanken nominierten Mitgliedern des Überwachungsausschusses für den Euro Short-Term Rate (€STR). Martin Wieland und Juan Ayuso übernehmen diese Funktion vom 1. Oktober 2021 bis zum 30. September 2023 und treten an die Stelle ihrer Vorgänger von der Banque de France und der Banca d'Italia. Die Ernennung erfolgt gemäß dem Rotationsverfahren, das für von nationalen Zentralbanken nominierte Mitglieder des Überwachungsausschusses für den Euro Short-Term Rate (€STR) vorgesehen ist.

Am 3. September 2021 ernannte der EZB-Rat Claudia Plattner, Leiterin der Generaldirektion Informationssysteme der EZB, mit sofortiger Wirkung zur Vorsitzenden des Ausschusses für Informationstechno-

Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	Ausgewiesener Wert zum 17. September 2021	Veränderungen zum 10. September 2021		Ausgewiesener Wert zum 24. September 2021	Veränderungen zum 17. September 2021	
		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen
1. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	0,4 Mrd. €	–	–	0,4 Mrd. €	–	–
Programm für die Wertpapiermärkte	6,5 Mrd. €	–	–	6,5 Mrd. €	–	–
2. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	2,4 Mrd. €	–	–	2,4 Mrd. €	–	–
3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	296,5 Mrd. €	+1,4 Mrd. €	-0,4 Mrd. €	297,2 Mrd. €	+0,9 Mrd. €	-0,2 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities	26,7 Mrd. €	+0,2 Mrd. €	-0,1 Mrd. €	26,0 Mrd. €	+0,0 Mrd. €	-0,7 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors	2447,6 Mrd. €	+8,9 Mrd. €	-8,7 Mrd. €	2453,4 Mrd. €	+8,0 Mrd. €	-2,3 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors	296,5 Mrd. €	+1,9 Mrd. €	-0,8 Mrd. €	296,8 Mrd. €	+0,4 Mrd. €	-0,1 Mrd. €
Pandemie-Notfallankaufprogramm	1375,6 Mrd. €	+21,2 Mrd. €	-2,0 Mrd. €	1396,0 Mrd. €	+20,9 Mrd. €	-0,5 Mrd. €

Quelle: EZB



logie (ITC). Claudia Plattners Amtszeit endet am 31. Dezember 2022 gemeinsam mit der Amtszeit der anderen Vorsitzenden der Ausschüsse des EZSB/Eurosystems, die im Dezember 2019 ernannt beziehungsweise wiedernannt wurden.

Deutsches Auslandsvermögen

Die Deutsche Bundesbank hat am 30. September 2021 Zahlen zum deutschen Auslandsvermögen, Stand Ende 2020, veröffentlicht. Das Netto-Auslandsvermögen Deutschlands belief sich demnach Ende Dezember 2020 auf 2077 Milliarden Euro. Das entsprach fast 62 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Sowohl die Forderungen als auch die Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber dem Ausland stiegen im Jahr 2020 weiter deutlich an. Inländische Anleger hielten mehr ausländische Wertpapiere und ausländische Anleger hatten mehr in Deutschland emittierte Wertpapiere in ihren Portfolios als im Jahr davor. Auch die grenzüberschreitenden Unternehmensverflechtungen durch Direktinvestitionen mit deutscher Beteiligung nahmen im vergangenen Jahr weiter zu.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus den übrigen Kapitalanlagen, die unter anderem Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen umfassen, stiegen ebenfalls. Der an sich deutlichen Zunahme der Bestände durch Transaktionen in der Kapitalbilanz und einer positiven Entwicklung der Marktpreise standen dämpfende Wechselkurseffekte gegenüber, weil der Euro gegenüber den maßgeblichen Partnerwährungen im Vorjahresvergleich aufwertete. Im Ergebnis war das deutsche Netto-Auslandsvermögen Ende 2020 um 35 Milliarden Euro höher als im Jahr zuvor. In den vorliegenden Zahlen lasse eine neue Berechnungsmethode bei den Wertpapierpassiva diese im Vergleich zu den in den Vorjahren veröffentlichten Daten merklich steigen.

Mit der Veröffentlichung der Daten des Auslandsvermögensstatus für das Jahr

Konsolidierter Wochenausweis des Eurosystems

Aktiva (in Millionen Euro)	3.9.2021	10.9.2021	17.9.2021	24.9.2021
1 Gold und Goldforderungen	514 693	514 693	514 718	514 718
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	477 285	477 590	475 317	475 642
2.1 Forderungen an den IWF	209 719	210 102	210 926	211 243
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	267 565	267 489	264 391	264 400
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	24 847	24 917	27 578	27 590
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	11 080	10 516	11 762	13 688
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	11 080	10 516	11 762	13 688
4.2 Forderungen aus Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	2 211 456	2 211 778	2 211 784	2 211 343
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	16	319	344	44
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2 211 440	2 211 440	2 211 440	2 211 281
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	0	19	0	18
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	0	0	0	0
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	35 359	32 898	34 977	35 388
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	4 596 069	4 613 073	4 633 866	4 660 934
7.1 Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere	4 412 844	4 430 684	4 452 228	4 478 650
7.2 Sonstige Wertpapiere	183 255	182 389	181 638	182 284
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	22 142	22 142	22 142	22 142
9 Sonstige Aktiva	314 603	315 081	312 427	311 760
Aktiva insgesamt	8 207 534	8 222 733	8 244 572	8 273 207
Passiva (in Millionen Euro)	3.9.2021	10.9.2021	17.9.2021	24.9.2021
1 Banknotenumlauf	1 500 839	1 501 984	1 503 960	1 504 258
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	4 543 236	4 567 522	4 523 080	4 475 995
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	3 727 964	3 743 978	3 941 344	3 787 785
2.2 Einlagefazilität	812 981	821 444	579 741	686 218
2.3 Termineinlagen	0	0	0	0
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	2 291	2 099	1 995	1 993
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	30 465	23 556	23 615	26 174
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	0	0	0	0
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	736 283	731 813	791 953	845 352
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	617 470	617 560	671 020	731 879
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	118 813	114 254	120 933	113 473
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	285 995	286 695	288 061	306 224
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	12 310	12 414	12 283	12 188
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2 911	2 780	2 406	2 463
8.1 Einlagen, Guthaben, sonstige Verbindlichkeiten	2 911	2 780	2 406	2 463
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	174 656	174 656	174 656	174 656
10 Sonstige Passiva	313 859	314 332	317 578	318 916
11 Ausgleichsposten aus Neubewertung	497 589	497 589	497 589	497 589
12 Kapital und Rücklagen	109 391	109 392	109 391	109 392
Passiva insgesamt	8 207 534	8 222 733	8 244 572	8 273 207

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen

Quelle: EZB

2020 will die Bundesbank eine neue Berechnungsmethode für die Verbindlichkeiten aus börsennotierten Aktien anwenden, die weniger anfällig für Verzerrungen aufgrund stark schwankender Aktienkurse ist. Durch das neue Verfahren werden nunmehr höhere Bestände für die von Ausländern gehaltenen deutschen Wertpapiere ermittelt als bislang. Dadurch sinkt die statistisch ausgewiesene Nettoposition für das Jahr 2020 verglichen mit der früheren Berechnung um rund 500 Milliarden Euro. Die neue Berechnungsmethode soll rückwirkend ab dem vierten Quartal 2005 angewendet werden.

Die grenzüberschreitenden Unternehmensverflechtungen mit deutscher Beteiligung nahmen im vergangenen Jahr weiter zu. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland stiegen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 56 Milliarden Euro oder 2,4 Prozent auf 2348 Milliarden Euro an. Die Zunahme war im Ergebnis ausschließlich auf Transaktionen zurückzuführen. Deutsche Investoren erhöhten insbesondere ihr Beteiligungskapital an Unternehmen im Ausland, vergaben aber auch zusätzliche Direktinvestitionskredite an verbundene Konzerneinheiten. Hingegen bewirkte die Aufwertung des Euro niedrigere Wertansätze in heimischer Währung.

Gebietsfremde Unternehmen erhöhten ihr Direktinvestitionsengagement in Deutschland im Jahr 2020 um 111 Milliarden Euro beziehungsweise 7,1 Prozent auf 1676 Milliarden Euro; auch hier dominierten demnach Transaktionen die Entwicklung. Ausländische Investoren weiteten laut EZB die konzerninterne Kreditgewährung an inländische Adressen aus und stockten ihr Beteiligungskapital an hiesigen Unternehmen auf. Im Ergebnis betrug der Aktivsaldo Deutschlands aus den Direktinvestitionen Ende 2020 rund 673 Milliarden Euro; er lag damit um 55 Milliarden Euro niedriger als im Jahr zuvor.

In den übrigen Kapitalanlagen, die unter anderem Finanz- und Handelskredite (so weit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) sowie Bargeld und Einlagen umfassen, stieg demnach die positive

Netto-Vermögensposition Deutschlands gegenüber dem Vorjahr um 63 Milliarden Euro auf 886 Milliarden Euro Ende 2020 an. Der Anstieg ging zu einem Teil auf höhere Netto-Forderungen aus Bargeld und Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und privater Haushalte zurück. Im Bankensektor standen dagegen rückläufigen Netto-Forderungen der monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) höhere Netto-Forderungen der Bundesbank in etwa gleicher Größenordnung gegenüber. Dabei stiegen die Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank für sich genommen um 243 Milliarden Euro, wofür insbesondere höhere Target2-Forderungen verantwortlich waren.

Allerdings nahmen auch die Auslandsverbindlichkeiten der Bundesbank um 111 Milliarden Euro zu. Die Netto-Forderungen des Staates aus übrigen Kapitalanlagen waren um 10 Milliarden Euro höher als im Vorjahr. Über alle Sektoren hinweg stiegen die Forderungen aus den übrigen Kapitalanlagen gegenüber dem Ausland Ende 2020 auf 3329 Milliarden Euro. Sie waren damit um 294 Milliarden Euro oder 9,7 Prozent höher als Ende 2019. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland stiegen ebenfalls an, und zwar um 10,4 Prozent (230 Milliarden Euro) auf 2443 Milliarden Euro. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus den übrigen Kapitalanlagen nahmen vor allem aufgrund von Transaktionen zu. Negative Wechselkurseffekte dämpften im Ergebnis die Zunahme.

Die Währungsreserven der Bundesbank beliefen sich Ende 2020 auf 219 Milliarden Euro; sie lagen damit um rund 20 Milliarden Euro über dem Vorjahreswert. Die Zunahme spiegelte positive Bewertungseffekte wider, die sich insbesondere aus dem gestiegenen Goldpreis ergaben.

Ergebnisse des Klima-Stresstests

Die Europäische Zentralbank hat am 22. September 2021 die Ergebnisse ihres gesamtwirtschaftlichen Klimastresstests ver-

öffentlicht. Im Rahmen dieses Stresstests wurden die Auswirkungen des Klimawandels auf mehr als vier Millionen Unternehmen weltweit und 1600 Banken im Euro-Währungsgebiet untersucht. Dabei wurden drei verschiedene klimapolitische Szenarien angewendet. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass Unternehmen und Banken eindeutig davon profitieren, wenn frühzeitig Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden, um den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft voranzutreiben.

Sie zeigen zudem, dass vor allem bestimmte Regionen und Sektoren im Euro-Raum von den Auswirkungen der Klimarisiken bedroht sind. Insbesondere Unternehmen in Regionen, die physischen Risiken am stärksten ausgesetzt sind, könnten mit sehr schweren und häufig auftretenden Naturkatastrophen konfrontiert sein, was wiederum ihre Kreditwürdigkeit belasten würde.

Die Banken im Eurogebiet könnten in einem Szenario, das keine politischen Maßnahmen gegen den Klimawandel vorsieht, schwer beeinträchtigt werden. Diesem Szenario zufolge steigen die erwarteten Verluste bei den Unternehmenskreditportfolios mit der Zeit deutlich an. Verantwortlich hierfür sind die stetig zunehmenden physischen Risiken, die innerhalb der kommenden 30 Jahre kritisch werden könnten. In diesem sogenannten Szenario „Treibhaus Erde“ (hot house world) besteht für eine Bank im Euroraum in Bezug auf ihr durchschnittliches Unternehmenskreditportfolio im Jahr 2050 eine 8 Prozent höhere Ausfallwahrscheinlichkeit als bei einem geordneten Übergang.

Werden unterschiedliche Kreditportfolios getrennt betrachtet, so zeigt sich, dass klimabedingte Einflüsse vor allem im Zeitverlauf sogar noch zunehmen werden. Verglichen mit 2020 steigt die Ausfallwahrscheinlichkeit für Portfolios mit der höchsten Anfälligkeit für Klimarisiken 2050 im Rahmen des Treibhauszenarios um 30 Prozent. Diese Zunahme übertrifft den für dieses Szenario gemessenen durchschnittlichen Anstieg um das Fünffache.